
Lothar Czayka

Über Gefahren für unsere Demokratie

Das demokratische Grundprinzip besteht darin, alle Mitglieder einer Gemeinschaft an den Entscheidungen teilhaben zu lassen, die diese Gemeinschaft betreffen.

Burkhard Wehner

I.

Schon seit längerer Zeit wird in der Bundesrepublik – und auch in anderen westlichen Ländern – viel über Gefahren für die Demokratie gesprochen. Die meisten Politikerinnen und Politiker der einstigen Ampel-Koalition, aber auch der Unionsparteien glauben, dass z. B. von den «Reichsbürgern», den «Wutbürgern», den «Querdenkern», den radikalen Klimaschutzprotagonisten «Letzten Generation», auch von einzelnen Personen wie etwa dem ehemaligen Präsidenten des Verfassungsschutzes Maßen und vor allem von der AfD große Gefahren für den Bestand unserer Staatsform ausgehen. Viel wichtiger als hastiges und unverhältnismäßiges Vorgehen gegen einige unzufriedene Minoritäten und ständige Ausgrenzung und pauschale Aburtei-

lung der AfD als «Nazi-Partei» wäre mehr gründliches Nachdenken und mehr öffentliche – nicht geframte – Sachdiskussion über unsere Demokratie.

Seit der Antike ist zwar viel über «Demokratie» nachgedacht und geschrieben worden, aber die meisten Zeitgenossen dürften wohl bei diesem Wort in erster Linie nur an die wörtliche Übersetzung «Volksherrschaft» denken, und das ist sehr irreführend, denn so etwas war selbst im antiken Athen nur eine Episode und in mehr oder weniger beschränktem Maße der Fall.

Hinsichtlich unserer Staatsform heißt es in Artikel 20 des Grundgesetzes: «(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. [...]»

Schon diese grobe Charakterisierung unserer Staatsform lässt erkennen, dass es sich – im Vergleich mit der Formulierung des demokratischen Grundprinzips von

Burghard Wehner¹ um eine ziemlich reduzierte Form von Demokratie handelt. In der öffentlichen Diskussion in Politik und Medien wird meist nur von «Demokratie» gesprochen – vermutlich aus Vereinfachungsgründen, vielleicht aber auch, weil dadurch die Aura dieses Wortes transportiert wird.

Unsere Demokratie ist eine sogenannte «repräsentative» («indirekte» oder «parlamentarische») Demokratie, in der das Staatsvolk zwar auch als der Souverän gilt, aber an den politischen Entscheidungen und Aktivitäten nur in geringem Maße beteiligt ist. Für die politische Arbeit wählt das Staatsvolk alle vier Jahre Abgeordnete für ein Parlament aus einer Menge von Kandidaten, die von politischen Parteien bestimmt werden. Die gewählten Abgeordneten sind ausgestattet mit freien Mandaten, d.h. sie sind bei Abstimmungen im Parlament prinzipiell nur ihrem Gewissen, de facto allerdings auch einem mehr oder weniger starken Fraktionszwang durch ihre jeweilige Partei unterworfen.

Das Konzept der repräsentativen Demokratie wurde während der Französischen Revolution erstmalig in der französischen Verfassung von 1791 verankert vor allem mit der Begründung, dass das der in Großgesellschaften notwendigen Arbeitsteilung entspreche. Später wurde das Repräsentationskonzept noch etwas anspruchsvoller formuliert, an die Stelle der simplen ökonomischen Begründung trat die Erhebung der gewählten Abgeordneten in den Rang von «Repräsentanten» oder «Stellvertretern» des Volkes. Das allerdings war nur eine Verschleierung der Tatsache, dass es sich dabei – bewusst oder unbewusst – um die Etablierung einer neuen Variante von

Aristokratie – einer jeweils zeitlich begrenzten «Wahl-Oligarchie» – handelte. Denn für das ganze Staatsvolk – den millionenköpfigen Souverän – ist eine «Repräsentation» oder «Stellvertretung» etwa im Sinne einer Art Transsubstantiation unmöglich. Rousseau schrieb: «Die Abgeordneten des Volkes sind also nicht seine Vertreter und können es gar nicht sein; sie sind nur seine Bevollmächtigten und dürfen nichts entscheidend beschließen. Jedes Gesetz, das das Volk nicht persönlich bestätigt hat, ist null und nichtig; es ist kein Gesetz»². Offenbar gab es in der Nationalversammlung einflussreiche Gruppen, die aus verschiedenen Gründen daran interessiert waren, den gewählten Parlamentsabgeordneten eine gewisse Unabhängigkeit vom Willen der Mehrheit des Volkes zu sichern.

Trotz oder wegen dieses Rückfalls in politische Metaphysik wurde das Repräsentationskonzept als Legitimationsprinzip für die Abgeordneten bis heute in den meisten Verfassungen demokratischer Länder beibehalten.

II.

Wir kommen nun zum zentralen Thema dieses Aufsatzes. Innere Gefährdungen unserer Demokratie gehen heute nach vorherrschender Meinung vor allem von rechts-extremistischen oder linksextremistischen Parteien oder Bewegungen aus. Übersehen wird aber meist, dass Gefahren durchaus auch von gewählten Regierungen aller Couleur ausgehen können. Denn Regierungen wollen, wenn sie einmal an die Macht gekommen sind, normalerweise auch an

1 Burghard Wehner: *Die Katastrophen der Demokratie*, Darmstadt 1992, S. 31.

2 Jean-Jacques Rousseau: *Der Gesellschaftsvertrag*, Köln 2012, S. 130.

der Macht bleiben. Wenn sie Angst haben, nicht wiedergewählt zu werden, kommen sie oft auf dumme Gedanken. Ein immer noch aktuelles Beispiel aus den USA ist Trumps Weigerung, seine Abwahl im Jahre 2020 als rechtsgültig zu akzeptieren. Weitere Beispiele sind die Versuche der Regierungen in Polen, Ungarn, Israel und auch in Italien die Gewaltenteilung aufzuweichen. Neben der Volkssovereinheit und den Grundrechten ist die Gewaltenteilung einer der wichtigsten Grundpfeiler unserer Staatsform. Die Väter des Grundgesetzes hätten allerdings bei der Gewaltenteilung ruhig noch ein Stück weiter gehen können, nämlich durch Auflösung der traditionellen Verquickung von Legislative und Exekutive in den Parlamenten.

Eine weitere wichtige Gefahrenquelle auch für Demokratien sind politisch-ökonomische Ideologien, die sich gelegentlich in den Köpfen der politischen und wirtschaftlichen Führungseliten eines Landes einnisten. Als Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit denke ich dabei hauptsächlich an den Neoliberalismus. Eines der zentralen Konzepte dieser Ideologie war die Forderung nach «Verschlankung des Staates» durch weitestgehende Deregulierung der Wirtschaft und Privatisierung von Staatsaufgaben. Der Leviathan sollte radikal abgespeckt werden. An das andere Ungeheuer – den Behemoth als Metapher für den entfesselten privaten Kapitalismus – hat anscheinend niemand gedacht. Viele der Krisen, die wir heute haben, sind Folgen der neoliberalistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in den 1980er-Jahren begann. In den vergangenen vierzig Jahren ist der Staat in fast allen Bereichen personalmäßig und materiell kaputtgespart worden. Das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, Post und Bahn wurden kommerzia-

lisiert. Der größte Teil der staatseigenen Sozialwohnungen wurde an Immobilienkonzerne verscherbelt. Die Konzentration in der Einkommens- und Vermögensverteilung nahm dramatisch zu. Die Umweltpolitik wurde sträflich vernachlässigt und auch die Infrastruktur ließen die Regierungen in vielen Bereichen verrotten. Diese drei letztgenannten Punkte bergen längerfristig die größte Gefahr für unsere Demokratie. Bei diesem neoliberalistischen Tanz ums Goldene Kalb haben fast alle Parteien mitgemacht. Deshalb wird heute über dieses Kapitel in der Bundesrepublik kaum noch gesprochen, während diese Ideologie vor allem in den USA in manchen Köpfen wieder virulent wird. Die heute in der Bundesrepublik – aber auch in anderen westlichen Ländern – in Teilen der Bevölkerung wieder aufkeimende Unzufriedenheit mit unserer Demokratie hat viele Ursachen, von denen ich im Folgenden nur einige aufzählen möchte.

1.

Die gewählten Abgeordneten, die Regierungsmitglieder und die Bürokraten entwickeln oft ein aristokratisches Bewusstsein. Oft nehmen sie gegenüber dem Volk einen ungehörigen pädagogischen Habitus an und spielen sich auf, als seien sie der Souverän. Für ihre Aussagen erheben sie meist einen absoluten Wahrheitsanspruch. Versprechen, die sie vor der Wahl gemacht haben, werden oft nicht eingehalten. Sie sind aber nur bezahlte Manager für die politischen Angelegenheiten des Volkes. Weil sie oft an einen Erziehungsauftrag glauben oder an ihre eigenen Interessen denken, ist es leider nicht sicher, dass sie immer nur im Interesse des Volkes handeln werden. Ob das Volk für die Erledigung seiner poli-

tischen Angelegenheiten bei den Wahlen eine gut qualifizierte Mannschaft oder nur mittlere Talente angeheuert hat, zeigt sich leider erst nach den Wahlen. Deshalb empfiehlt Popper, dass man in der Verfassung Vorsorge für die Möglichkeit eines relativ schnellen und friedlichen Regierungswechsels treffen sollte.

2.

Die Abgeordneten, Regierungsmitglieder und Bürokraten versuchen oft, Politik nach *ihren* Vorstellungen vom «Gemeinwohl» zu machen. Damit aber überschreiten sie ihre Kompetenzen, weil sie natürlich nur in der Erwartung angeheuert worden sind, um Politik im Sinne der Interessen des Volkes, des Souveräns zu machen. Da sie ja auch nur Menschen sind, sollten sie wissen, welches die allgemeinen zeitlosen menschlichen Interessen sind. Das Problem, Informationen über die jeweils aktuellen politischen Interessen der Bürger zu erlangen, wird oft aufgebaut. Da gibt es nun wirklich viele Kanäle: die Medien, die Demoskopie, Gespräche mit Vertretern aller Bevölkerungskreise. Welches die jeweils wirklich prioritären Interessen der Mehrheit des Volkes sind, dazu muss man keine wissenschaftlichen Untersuchungen in Auftrag geben oder im Fernsehen Vertreter des Prekariats befragen, was ihnen für ein besseres Leben fehlt. Jeder Mensch weiß doch, worum es heute in Deutschland vorrangig geht: Bekämpfung der Armut, der Wohnungsnot, der Inflation, der Sanierung des Gesundheitswesens und des Bildungswesens, Lösung des Zuwanderungsproblems, sozialverträgliche Klimapolitik, Verhinderung ständig steigender Staatsverschuldung, Bekämpfung der immer noch zunehmenden Konzentration von Einkom-

men und Vermögen und damit Verbesserung der Zukunftsperspektiven für die Kinder. Die Mehrheit des Volkes will vor allem keinen Krieg und auch in keinen Krieg hineingezogen werden. – Längerfristige Politik gegen die prioritären Interessen des Volkes – sei es aus moralischen oder aus ideologischen Gründen – führt zu Radikalisierung nach rechts oder nach links und bildet für die repräsentative Demokratie die größte Gefahr.

3.

Viele Menschen beklagen auch, dass es in unseren westlichen Demokratien viele Bereiche gibt, die einer demokratischen Kontrolle mehr oder weniger entzogen sind. Erstens ist hier wohl der Bereich der Wirtschaft zu nennen. Unsere Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik war seit 1949 eine kapitalistische Marktwirtschaft mit einer starken sozialen Ausrichtung: die von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack erdachte und politisch durchgesetzte «Soziale Marktwirtschaft». Bis etwa zum Ende der 1970er-Jahre war es der beste Kapitalismus, den es je gegeben hat. Danach begann die Ära des Neoliberalismus, in der in fast allen westlichen Ländern eine radikal-liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik betrieben wurde, bis es im Jahr 2008 zu einer globalen Finanzkrise kam. Da ich über die zum Teil bis heute anhaltenden negativen Folgen der neoliberalistischen Episode oben schon gesprochen habe, will ich es hier nicht wiederholen. Dass eine Kombination von Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft grundsätzlich problematisch ist, das ist bekannt. Demokratie mit Zentralverwaltungswirtschaft ist tödlich für die Demokratie. Die Kombination von Demokratie und Kapitalismus ist

zwar nicht unproblematisch, hat sich aber lange Zeit gut bewährt. Gleichwohl ist eine Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft immer noch wünschenswert.

Ein zweites Beispiel sind die Zentralbanken, die man in Europa im 19. Jahrhundert als von den Regierungen unabhängige Institutionen etabliert hat, weil Inflationen in früheren Zeiten meist von den Regierungen ausgelöst wurden. Deshalb ist es auch die Hauptaufgabe der Europäischen Zentralbank (EZB), für Währungsstabilität zu sorgen. Was aber hat sie in den letzten Jahren getan? Sie hat zugunsten hoch verschuldetter Staaten eine extrem expansive Geldpolitik betrieben, die zu einem guten Teil die bis heute anhaltende Inflation – mit ihren unsozialen Folgen – verursacht hat. In den öffentlich-rechtlichen Medien hat man darüber allerdings kaum etwas gehört, alles wurde auf den Ukraine-Krieg geschoben.

In Bezug auf das Inflationsproblem sollte die Bevölkerung übrigens generell besser informiert werden. Viele Menschen glauben beispielsweise, dass die im Grundgesetz verankerte Bremse für die Staatsverschuldung nur aus Gerechtigkeitsgründen hinsichtlich der Belastung der künftigen Generationen eingeführt wurde. Diese Schuldensbremse ist aber vor allem auch eine Inflationsbremse. Weiterhin verbinden viele Menschen mit den gegenwärtig sinkenden Inflationsraten die falsche Vorstellung, dass jetzt die Preise wieder sinken. Sinkende Inflationsraten bedeuten aber nur, dass die Preissteigerungen abnehmen. Auch solche Informationsmängel bilden eine Gefahrenquelle für unsere Demokratie.

4.

Viele Menschen haben ein starkes Harmo-niedürfnis. Sie fühlen sich nicht wohl,

wenn auch in einer Großgesellschaft nicht in allen Punkten ständig Übereinstimmung herrscht. Sie finden besonders den Streit in der Politik – zwischen Parteien und innerhalb von Parteien, in Koalitionen und in Regierungen und zwischen gesellschaftlichen Gruppierungen aller Art – ärgerlich und unproduktiv. Sie fühlen sich verunsichert und kritisieren das Mehrheitsprinzip bei Wahlen und Abstimmungen, weil es dabei zur logisch unmöglichen Gleichsetzung von Mehrheiten mit dem Ganzen, zu Mehrheitsherrschaft über Minoritäten und bei sehr knappen Wahlergebnissen zu Problemen mit der Regierungsbildung kommt. Dies alles ist zwar verständlich, aber die Vorstellung, es könnte in einer Großgesellschaft eine «Konsensdemokratie» geben, in der eine gemeinwohlorientierte Politik im Sinne von Rousseaus *volonté générale* gemacht würde, ist eine Utopie.

So etwas dürfte es nur geben, wenn ein charismatischer Führer diese Leerformel in seinem Sinne interpretiert und dem Volk oktroyiert. Eine Demokratie wäre das allerdings nicht mehr, eher das Gegenteil. Nach aller Erfahrung dürfte es doch eine Tatsache sein, dass es in jeder Großgesellschaft jederzeit eine Vielfalt von Meinungen bezüglich politischer Ziele und bezüglich der Maßnahmen zu ihrer Erreichung gibt. In jeder Art von Demokratie muss über die politischen Ziele und die politischen Maßnahmen innerhalb und zwischen den politischen Institutionen gestritten werden. Wenn in einer Demokratie nicht mehr gestritten wird, ist es eine Friedhofsruhe.

5.

Abschließend möchte ich nur noch kurz auf eine weitere Gefahrenquelle für unsere Demokratie hinweisen. Es handelt sich

um die Rolle vor allem der Leitmedien in Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen, insbesondere im Bereich des politischen Journalismus. Traditionell besteht die Hauptaufgabe der Medien in diesem Bereich in einer unabhängigen und kritischen Unterichtung der Bürger über die jeweils aktuell wichtigsten innenpolitischen und außenpolitischen Ereignisse und Entwicklungen. Weil das als eine wichtige Grundlage für die politische Meinungsbildung der Bürger in einer Demokratie von großer Bedeutung ist, ist die Freiheit der Arbeit im Bereich der oben genannten Medien durch Garantie im Grundgesetz und einer Reihe weiterer Gesetze – insbesondere auch gegen Eingriffe des Staates – abgesichert. Dennoch beklagen die Leitmedien in letzter Zeit einen bemerkenswerten Vertrauensverlust bei den Bürgern, der auch durch diverse Umfragen bestätigt wurde.

In ihrem Buch über *Die vierte Gewalt* behaupten die Autoren Precht und Welzer³, dass bei den Leitmedien im Bereich des politischen Journalismus in letzter Zeit eine Zunahme erfolgreicher Versuche zur Beeinflussung der Politik ohne demokratisches Mandat zu beobachten sei. Wenn diese durchaus beobachtbare Tendenz stärker zunehmen sollte, wäre das eine tatsächlich ernste Gefahr für unsere Demokratie.

III.

Wenn nun der Eindruck entstanden sein mag, dass ich hier einen Aufsatz gegen unsere Demokratie geschrieben hätte, dann möchte ich abschließend versuchen,

das ein bisschen zu korrigieren. Mir ging es nicht darum, unsere Demokratie schlecht zu machen. Mir geht es um eine Kritik der heute vorherrschenden Sakralisierung einer weitgehend auf Wahlen reduzierten Form der Demokratie, weil die Sakralisierung den Fortschritt behindert. Das Hauptproblem unserer Demokratie – und der meisten westlichen Demokratien – besteht in der weitgehenden Selbstentmachtung des Souveräns durch die mit den Wahlen verbundene zu weitgehende Bevollmächtigung der Gewählten. Für eine Stärkung unserer Demokratie wäre in erste Linie eine wesentlich stärkere Partizipation des Souveräns – also des Volkes – an der politischen Arbeit und bei wichtigen politischen Entscheidungen wünschenswert. Vor allem müssten die politischen Parteien viel stärker um neue Mitglieder aus allen Teilen der Bevölkerung werben.

Natürlich wären dabei auch einige Hürden zu überwinden. Vor Kurzem hat Axel Honneth⁴ daraufhin gewiesen, dass der schon durch normale Arbeit stark beanspruchte Souverän durch gewisse Änderungen in den Arbeitsverhältnissen erst in die Lage versetzt werden müsste, noch zusätzlich politische Arbeit zu leisten. Dabei müssten allerdings auch zu erwartende Interessenkonflikte gelöst werden, denn man kann wohl davon ausgehen, dass eine Zunahme des politischen Engagements der Bevölkerung nicht unbedingt im Interesse der etablierten politischen Klasse und auch nicht unbedingt im Interesse der Wirtschaft liegen würde.

Mit unserer imperfekten Demokratie sind wir bisher dennoch ganz gut gefah-

3 Richard David Precht, Harald Welzer: *Die vierte Gewalt – Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist*, Frankfurt a.M. 2022, S. 7 f.

4 Axel Honneth: *Der arbeitende Souverän*, Berlin 2023.

ren. Wir haben Glück gehabt: Unsere Parteien und unsere Politikerinnen und Politiker haben bisher keine echten politischen Katastrophen verursacht. Das heißt aber nicht, dass wir aufhören sollten, über eine Verstärkung der Fundamente unserer Demokratie nachzudenken. Willy Brandts An-

kündigung *Wir wollen mehr Demokratie wagen* in seiner Regierungserklärung im Jahr 1969 ist auch heute durchaus noch aktuell. Eine stärkere Beteiligung des Souveräns an der politischen Arbeit wäre auch heute das beste Mittel gegen Bedrohungen unserer Demokratie. ■